

Marina Tomic Hensel:

Ökonomisierung als Widerspruchsbearbeitung

Kritisch-analytische (Forschungs-)Perspektiven für die Soziale Arbeit

Zusammenfassung

Der Begriff der Ökonomisierung ist im Zuge der Deregulierungs- und Liberalisierungspolitik gegen Ende des 20. Jahrhunderts zu einem vielseitig verwendeten Schlagwort in den deutschsprachigen Sozial- und Geisteswissenschaften geworden. Mit dem Begriff wird der zunehmende Einfluss ökonomischer Kriterien und betriebswirtschaftlicher Instrumente in sozialen bzw. in staatlich-öffentlichen Bereichen bei gleichzeitiger Erosion staatlicher Finanzierung thematisiert, vor allem aber kritisiert. Die Sorge, die dabei transportiert wird, ist, dass durch die Verschiebung der Finanzierung und Verantwortung vom öffentlichen in den privaten bzw. privatwirtschaftlichen Sektor zunehmend auch soziale Risiken privatisiert und in Folge dessen soziale Ungleichheiten verstärkt werden. Insofern das Soziale den genuinen Gegenstand der Sozialen Arbeit darstellt, betrifft sie das in mindestens zweifacher Hinsicht: die sozialen Problemlagen verschärfen sich bei gleichzeitiger Verknappung von Ressourcen, um diese professionell zu bearbeiten. Aus diesem Grund ist die Soziale Arbeit in besonderer Weise gefordert, sich mit diesen Entwicklungen kritisch-reflexiv auseinanderzusetzen. Die leitende Frage ist: Welche Zugänge bieten sich an, um die Ökonomisierungsprozesse kritisch-analytisch zu bearbeiten und auf die eigene Praxis beziehen zu können?

Schlagnworte: Ökonomisierung, Gesellschaft, Soziale Arbeit, Neoliberalismus, ökonomische Transformationen

Abstract

In the course of deregulation and liberalization policies toward the end of the 20th century, the concept of economization has become a widely used buzzword in the German-speaking social sciences and humanities. The term addresses and increasingly criticizes the growing influence of economic criteria and economic instruments in social and official state sectors, while simultaneously exploring the issue of the erosion of state funding. The concern that has been conveyed is that the shift in funding and responsibility from the public sector to the private sector is increasingly privatizing social risks and, as a result, increasing social inequalities. Insofar as the social is the genuine subject of social work, it is affected in at least two ways: social problems are

exacerbated by a simultaneous shortage of resources needed to process them professionally. For this reason, there is the particular challenge of dealing with these developments critically and reflexively. The guiding question is: What research approaches are available for analyzing the economization processes, both critically and analytically, and relating them to one's own practice?

Keywords: economization, society, social work, neoliberalism, economic transformations

1. Einleitung

„Denn immer dann ist Soziale Arbeit gefordert, wenn sich die Selbstgestaltungskräfte des Individuums, der Familie, der Gesellschaft und eben auch des Marktes zur Sicherung eines menschenwürdigen Lebens als nicht hinreichend erweisen. Insofern zählt das Elend, das mit der Ökonomisierung des Sozialen in der gegenwärtigen sozialpolitischen Wendezeit verbunden ist, zu den wiederkehrenden Herausforderungen, denen sich die Soziale Arbeit in der Kontinuität ihrer Geschichte stellen muss.“ (Wilken 2000: 27)

Die Ökonomisierung des Sozialen und das damit verbundene Elend – darauf wird in der Literatur zum Thema vielfach verwiesen – ist kein Phänomen des 21. Jahrhunderts. Vielmehr begleitet die gesellschaftliche Individualisierung sozialer Problemlagen die Soziale Arbeit seit ihrem Bestehen (vgl. Staub-Bernasconi 2005a: 1). Im Zuge der globalen Deregulierungs- und Privatisierungspolitik seit den 1980er-Jahren gewinnt das Thema Ökonomisierung in deutschsprachigen Diskursen wieder an Brisanz. Gegenstand der Kritik ist der zunehmende Einfluss ökonomischer Kriterien und betriebswirtschaftlicher Instrumente in sozialen bzw. in staatlich-öffentlichen Bereichen. Die Sorge, die dabei transportiert wird, ist, dass durch die Erosion staatlich-öffentlicher Finanzierung bzw. Verschiebung gesellschaftlicher Verantwortung in den privaten Sektor zunehmend auch soziale Risiken privatisiert und in Folge dessen soziale Ungleichheiten verstärkt werden.

In Österreich werden sozialpolitische Transformationsprozesse seit den 1980er Jahren, verstärkt seit dem Jahr 2000 beobachtet (vgl. Diebäcker/Ranftler/Strahner/Wolfgruber 2009: 4f.; bezugnehmend auf Tálós 2005). Vor dem Hintergrund wirtschaftlicher Veränderungen wie geringeren Wirtschaftswachstumsraten, steigenden Budgetdefiziten, höherem Wettbewerbsdruck und vor allem dem Wandel der Erwerbsarbeitsstrukturen werden mit dem Argument der Budgetkonsolidierung und Wirtschaftsstandortsicherung (vgl. Talós 1997: 1) sozialstaatliche Sicherungssysteme seither grundlegend transformiert. Entgegen der realen Entkoppelung von Erwerbsarbeit und materieller Sicherung, so stellte Talós vor mehr als zwei Dekaden fest, werden diese politisch noch enger miteinander verzahnt (vgl. ebd.: 2f.) – eine Beobachtung, die mit Blick auf die aktivierende Sozialpolitik in Österreich bis heute kaum an Aktualität eingebüßt hat (vgl. Globisch/Madlung 2017). Dabei dienen Effizienz und Wettbewerbsfähigkeit nach wie vor als zentrale Legitimationsgrundlagen für umfassende gesellschaftliche sozialpolitische Transformationsprozesse. Diese sind folglich vorwiegend ökonomisch motiviert oder zumindest in Rückgriff auf ökonomische Argumente begründet und können als Teil von nationalstaatlichen Wettbewerbssicherungsstrategien auf dem globalen Markt interpretiert werden.¹

Die Orientierung am Markt und an ökonomischen Handlungslogiken lässt jedoch außer Acht, dass nicht alle Menschen dieselben Ausgangsbedingungen haben, um am „freien“ (Arbeits-)Markt zu partizipieren bzw. dass nicht alle Personen für ihren

Lebensunterhalt selbst aufkommen können. Diese Tatsache gilt mit Blick auf die Expansion der atypischen bzw. prekären Beschäftigungsverhältnisse umso mehr (vgl. AK 2014). Insofern verwundert es nicht, dass der Umbau wohlfahrtsstaatlicher Leistungen bzw. deren Koppelung an die Erwerbsarbeit vor allem diejenigen Menschen trifft, die zu den (leistungs-)schwächeren der Gesellschaft zählen. Dies führt tendenziell dazu, die ohnehin bestehenden sozialen bzw. sozioökonomischen Ungleichheiten zu zementieren, wie eine Gruppe von Wissenschaftler*innen in einer kürzlich veröffentlichten Erklärung zur Mindestsicherung in Österreich kritisch festgestellt hat (vgl. Institut für Soziologie 2018).

Insofern das Soziale bzw. die sozialen Probleme den genuinen Gegenstand der Sozialen Arbeit darstellen, betreffen sie die ökonomischen Transformationsprozesse in mindestens zweifacher Hinsicht: die sozialen Problemlagen verschärfen sich bei gleichzeitiger Verknappung von Ressourcen, um diese professionell zu bearbeiten. Aus diesem Grund – und das ist die grundlegende These dieses Beitrags – ist die Soziale Arbeit in besonderer Weise gefordert, sich mit diesen Entwicklungen kritisch-reflexiv auseinanderzusetzen. Die Frage, welcher hier nachgegangen werden soll, lautet: Welche Zugänge bieten sich an, um die Ökonomisierungsprozesse kritisch-analytisch zu bearbeiten und auf die eigene Praxis beziehen zu können? Zu diesem Zweck wird zunächst beleuchtet, was unter dem Begriff im entsprechenden Diskurs um Ökonomisierung gemeinhin verstanden wird. In Anlehnung an entsprechende Literatur werden anschließend einige diskutierte Veränderungen, Sorgen und Effekte im Bereich der Sozialen Arbeit aufgegriffen und daran anschließend Möglichkeiten angedacht, sich dem Thema kritisch-analytisch bzw. kritisch-reflexiv zu nähern.

2. Ökonomisierung – Prämissen der Ökonomisierungsthese und Begriffsverständnis

Mit dem Begriff der Ökonomisierung wird in den deutschsprachigen Diskursen die Dominanz ökonomischer Kriterien in den bis dahin als von der Ökonomie relativ unabhängig geltenden gesellschaftlichen Bereichen thematisiert und kritisiert. Ökonomisierungsvorgänge werden beobachtet im Bildungssektor, in der Sozialen Arbeit, in der Pflege, auf der gesellschaftstheoretischen Ebene u.v.m.² Je nach Bereich werden unterschiedliche Erscheinungsformen, Merkmale und Effekte von Ökonomisierung hervorgehoben bzw. problematisiert. Aus der Fülle an Literatur lassen sich drei grundlegende Prämissen erkennen, die als Voraussetzungen der Ökonomisierungsthese gelten können:

1. Die Annahme, dass Ökonomisierung das Nichtökonomische³ transformiert,
2. die Annahme, dass die Transformation sowohl auf der strukturellen als auch semantischen Ebene beobachtbar ist bzw. hier ein Zusammenhang besteht und

3. die Annahme, dass die Ökonomisierung eine grundlegende Veränderung der Rationalitätsform darstellt.

So beschreibt der Erziehungswissenschaftler Edgar Forster (2010) diesen Wandel wie folgt:

„Ökonomisierung beschreibt die Transformation von Organisationen oder Gesellschaften nach bestimmten wirtschaftlichen Kriterien: zum Beispiel die Einführung von Markt- oder Wettbewerbsmechanismen [sic!] oder die Etablierung von betriebswirtschaftlichen Kennziffern und Verfahrensabläufen. Dadurch verändert sich die Wahrnehmung von Problemen oder etwa die Argumentations- und Begründungslogik, um Interessen durchzusetzen. Ökonomisierung bezeichnet somit auch eine Veränderung der Rationalitätsform“. (Forster 2010: 16f.)

Als solche ist Ökonomisierung kein vorübergehendes Phänomen, sondern – vermittelt durch den Staat und staatliche Akteur*innen – in den Strukturen bereits so angelegt, dass sie das Verhältnis von (Zivil-)Gesellschaft, Staat und Markt und dem jeweiligen Bereich (Bildung, Soziale Arbeit, Gesundheit etc.) grundlegend und nachhaltig verändert.⁴ Während auf der strukturellen Ebene unterschiedliche Entwicklungen wie Gesetze, institutionelle/organisationale Strukturveränderungen, politische Maßnahmen und Strategien als Ökonomisierung verhandelt werden, richtet sich auf der semantischen Ebene der Fokus auf die Veränderung von Leitideen, Diskursen, Legitimationen und Begründungen in gesellschaftlichen und politischen Kontexten.⁵

Zentrale Begriffe, die im Ökonomisierungsdiskurs sowohl als Ausprägungsform der Ökonomisierung als auch theoretisch-analytischer Rahmen eingesetzt werden (gleichzeitig aber auch häufig mit Ökonomisierung synonym verwendet werden), sind: Privatisierung, Kommerzialisierung, Kommodifizierung, Deregulierung, Managerialisierung, Vermarktlichung und Neoliberalisierung.⁶ Damit ist bereits die enorme Bandbreite des Themas angedeutet. So haben sich um einige dieser Begriffe eigene weitreichende Diskurse entwickelt, wie sich an den globalen Debatten zum Neoliberalismus ablesen lässt. Diese Begriffe sind auch diejenigen, die in englischsprachigen Auseinandersetzungen zum Thema dominieren und die Querverbindungen zum deutschsprachigen Diskurs darstellen, wohingegen der Begriff Ökonomisierung (*economization/economisation*) eher ein Terminus der deutschen und österreichischen Diskurse zu sein scheint.⁷

Auch wenn es aus strategischen Gründen durchaus Sinn macht, die unterschiedlichen Perspektiven mit einem Sammelbegriff zu bündeln, so ist dies in Bezug auf die Ökonomisierung keinesfalls unumstritten. (Zur Kritik der Ökonomisierungskritik im Bildungsbereich vgl. Förster 2010; Höhne 2015) Das Problematische an dem Begriff sei, dass im „Ökonomisierungsbegriff das Ergebnis des Wandels, den er thesenhaft unterstellt, schon immer in gewisser Weise als gegeben“ (Höhne 2015: 4) vorausgesetzt ist. Damit ist die Schwierigkeit angesprochen, Veränderungen zu untersuchen,

die bereits als Diagnose feststehen, wodurch der Blick für unerwartete oder widersprüchliche Effekte möglicherweise verstellt wird. Zudem würden durch die Abstraktionshöhe des Begriffs die Grenzen seiner Widerlegbarkeit verschwinden (vgl. Bellmann 2015: 219ff.). Dies könnten einige der Gründe sein, weshalb die Kritik an der Ökonomisierung bisher nicht in entsprechendem Umfang mit theoriegesicherten bzw. empirischen Daten belegt werden konnte.⁸ Ungeachtet dieser Kritik dominiert der Terminus nach wie vor in der entsprechenden deutschsprachigen Literatur, denn er scheint wie kein anderer die Dominanz des Ökonomischen zum Ausdruck zu bringen. Dass das Thema seit zwei Dekaden auch in der Sozialen Arbeit zunehmend an Brisanz gewinnt, lässt sich unter anderem daran ablesen, dass der Terminus nicht nur in unzähligen Beiträgen (vgl. exemplarisch Diebäcker et al. 2009) und Monografien (vgl. exemplarisch Seithe 2010) zum Thema gemacht wird, sondern mittlerweile in Grundlagenwerken wie Handbüchern und Kompendien zu finden ist.⁹ Einige der Überlegungen werden im folgenden Abschnitt vor dem Hintergrund von zwei Fragen skizziert: Welche konkreten Veränderungen werden markiert und welche Sorgen werden transportiert?

3. Ökonomisierung der Sozialen Arbeit

Bereits in den Jahren 1997 und 1998 gab es von der *Deutschen Gesellschaft für Sozialarbeit* zwei viel beachtete Tagungen zu den Themen „Ökonomisierung des Sozialen“ (1997 in Weimar) und „Ethos der Sozialen Arbeit“ (1998 in Berlin). Der Sammelband *Soziale Arbeit zwischen Ethik und Ökonomie* aus dem Jahr 2000 ist aus diesen Tagungen erwachsen. (Wilken 2000) Im Vorwort macht Udo Wilken darauf aufmerksam, dass die Gefahr der Ökonomisierung der Sozialen Arbeit darin liegt, dass „nur das zählt, was sich rechnet“ (ebd.: 7). „In der Dominanz ökonomischen Denkens aber“, so Wilken weiter, „ist die Randständigkeit des Sozialen angelegt und damit die Gefahr des Verlustes zentraler sozial-politischer Errungenschaften und sozial-ethischer Werte“ (ebd.: 7).

Seither hat sich um das Thema Ökonomisierung in der Sozialen Arbeit ein vielfältiger Diskurs entwickelt (vgl. exemplarisch Bakic 2008, Dimmel 2007, Kessl 2018, Seithe 2010). Auf die Brisanz und Aktualität des Themas in Österreich verweist nicht zuletzt die „Wiener Erklärung zur Ökonomisierung und Fachlichkeit in der Sozialen Arbeit“ (Bakic/Diebäcker/Hammer 2007), die nahezu 1300 Unterzeichner*innen gefunden hat.¹⁰ Problematisiert wird hier, dass das Ökonomische zunehmend zum Maßstab politischen Handelns wird und sozialstaatliche Maßnahmen wirtschaftlichen Zielen untergeordnet werden. In der Deklaration heißt es:

„Die Ökonomisierung der Sozialen Arbeit ist geleitet von Maximen einer Privatisierung bzw. betriebswirtschaftlichen Orientierung. Sie ist gekennzeichnet von einem Abbau staatlicher Unterstützungssysteme, der Kürzung bzw. Nichtanpas-

sung sozialer Ausgaben und der Einschränkung sozialarbeiterischer Handlungsbezüge im Sinne ökonomisierter bzw. sicherheitspolitischer Logiken. Diese Tendenzen lassen auf ein Menschenbild schließen, das die Menschen nicht mehr umfassend und eingebettet in ihre unterschiedlichen Bezüge in den Blick nimmt, sondern sie auf ihre Konsum- und Marktfähigkeit reduziert. Der Druck zu Selbstbestimmung, Eigenverantwortung und Flexibilität wird erhöht [Stichwort: aktivierender Sozialstaat; MTH], im Gegensatz dazu werden individuelle Rechtsansprüche und kollektive Sicherungssysteme ausgehöhlt.“ (Bakic et al.: 1)

Vor diesem Hintergrund werden folgende Sorgen/Kritikpunkte formuliert, die sich auch in vielen anderen Arbeiten zum Thema finden lassen: Unterordnung inhaltlich-fachlicher Begründungen unter Kosten-Nutzen-Aspekte, Verlust der Qualität durch Standardisierung und Messbarkeit, Ausschluss von Klient*innen durch Ressourcenverluste und verstärkter Kosten- und Konkurrenzdruck, Aufhebung der Dialektik von Hilfe und Kontrolle (siehe dazu auch Dimmel 2007) durch Verschiebung zu Kontrollaspekten und bürokratischem Verwaltungshandeln und letztlich die Entpolitisierung der Sozialen Arbeit. (Siehe auch Diebäcker et al. 2009; Bakic et al. 2007: 1f.) Die Veränderungen wirken sich damit dreifach – auf den Prozess der Erbringung sozialer Dienstleistung, die Definition der Aufgaben und der Zielgruppen der Sozialen Arbeit sowie deren Binnenstruktur – aus, so die Kritik (vgl. Seithe 2010: 161). Die Folgen seien der Verlust des kritisch-emanzipativen Selbstverständnisses Sozialer Arbeit und ihre De-Professionalisierung (vgl. Bakic 2009: 3; zum Verlust des professionellen Selbstverständnisses siehe auch Schuhmeyer/Walzl 2010; Seithe 2010: 40ff.). Mit dem steigenden Kosten-, Qualitäts- und Rechtfertigungsdruck würde sie darüber hinaus zunehmend in eine Legitimationskrise kommen (vgl. Dimmel 2007: 28).

In diese Logik fügt sich die Implementierung vom *New Public Management* im staatlich-öffentlichen Sektor, welches bei Diebäcker et al. (vgl. 2009: 5) als wesentlicher Schritt zur Ökonomisierung der Sozialen Arbeit markiert wird. Im Rahmen von Leistungsvereinbarungen werden Kosten-Nutzen-Gesichtspunkte zum zentralen Mechanismus der Verteilung öffentlicher Gelder. Sozialer Arbeit kommt dann die Aufgabe zu, anhand von wirtschaftlich induzierten Kennzahlen ihre Wirksamkeit unter Beweis zu stellen und ihre gesellschaftliche Funktion zu legitimieren. Zwei Fragen werden in diesen Zusammenhängen bedeutsam für ihre Daseinsberechtigung: Ist Soziale Arbeit effizient (kann sie mit möglichst wenig Mitteln den größtmöglichen „Output“ generieren)? Kann Soziale Arbeit ihren gesellschaftlichen Nutzen (und damit ihre Finanzierung) gegenüber der Gesellschaft (Steuerzahler*innen und Finanziern) rechtfertigen?

Wenn der gesellschaftliche Nutzen Sozialer Arbeit rein aus der Kosten-Nutzen-Perspektive betrachtet wird, dann ist die Gefahr tatsächlich groß, dass das eintritt, was Wilke bereits im Jahr 2000 als Sorge formuliert hat, nämlich, dass „nur das zählt, was sich rechnet“. (Wilke 2000: 7) Dass diese Befürchtungen und Sorgen aus dem Ökonomisierungsdiskurs nicht ganz unberechtigt sind, darauf verweisen einige Fallstudien,

Erfahrungsberichte und nicht zuletzt die vielfach unterschriebene Erklärung zur Ökonomisierung (vgl. Schuhmeyer/Walzl 2010; Seithe 2010; Bakic et al. 2007). Kritisch anzumerken ist in diesem Zusammenhang aber auch, dass die (systematisch angelegten) empirischen Studien zur Erforschung von Ökonomisierungsprozessen weiterhin rar sind und die Kritik damit häufig auf der diskursiven Ebene verbleibt. Um die Kritik auch empirisch zu untermauern, ist es daher notwendig die Ökonomisierungsprozesse konkret und differenziert in ihrer Durchsetzungsweise und ihren Effekten zu untersuchen, um sowohl die funktionalen als auch die dysfunktionalen Effekte zu erfassen (vgl. Schimank/Volkman 2017: 154ff.). Anderenfalls läuft der Diskurs Gefahr epigonal zu werden, sich selbst zu reproduzieren und mehr noch: den Gegenstand seiner Kritik zu perpetuieren.

Während bei Wilken (2000) noch davon ausgegangen wird, dass die ökonomisch motivierten Veränderungen den Rückzug des Staates bedeuten – „Mehr Marktweniger Staat“ (ebd.: 7) –, hat sich mittlerweile die Einsicht durchgesetzt, dass die ökonomisch motivierten Transformationen seitens des Staates forciert und durchgesetzt werden (vgl. Dimmel 2007: 24f.). Dem Staat kommt damit eine widersprüchliche Rolle zu: Er ist der zentrale Akteur bei der Durchsetzung von Ökonomisierung und gleichzeitig hat er die Aufgabe, für soziale Gerechtigkeit und Inklusion zu sorgen.¹¹ Diesen Widerspruch vermehrt in die Analysen aufzunehmen könnte jedenfalls dazu beitragen, ein differenzierteres Bild von Ökonomisierung zu zeichnen. Welche Zugänge bieten sich hierfür an?

4. Ökonomisierung als Gegenstand in der Lehre und Forschung

Sofern es in den Lehrveranstaltungen des Studiums Soziale Arbeit bzw. Sozialpädagogik um die Reflexion der eigenen Praxis geht, wird häufig auf die schwindenden bzw. fehlenden zeitlichen und materiellen Ressourcen verwiesen, um Fälle angemessen zu bearbeiten. Die Debatten sind dabei emotional aufgeladen und verständlicherweise von Empörung und Ohnmachtsgefühlen begleitet.¹² Paradoxe Weise werden gleichzeitig Begriffe wie Output und Effizienz verwendet, um die eigene Arbeit zu beschreiben bzw. zu reflektieren. Die Reflexion des eigenen Handelns und der Sprache und letztendlich der eigenen Gefühle ist für die Herausbildung eines professionellen Habitus genauso wichtig wie die Frage danach, wie die subjektiven Einschätzungen in theoretisch fundierte und empirische Analysen übersetzt werden können.

Die Art und Weise, sich mit dem zugegebenermaßen sehr großen Thema zu beschäftigen, ist so vielfältig, wie das Thema selbst. Ich möchte hier drei Zugänge aus dem Ökonomisierungsdiskurs skizzieren, die idealerweise miteinander verschränkt zu denken sind und die eine wesentliche Perspektive verbindet: der Fokus auf Widersprüche. Ausgewählte Perspektiven sind: 1) Kritisch-analytische Reflexion von theoretischen

schen Grundlagen von Veränderungen; 2) kritisch-analytische Reflexion der Durchsetzungsmechanismen von Ökonomisierung; 3) kritisch-analytische Reflexion der Effekte von Veränderungen in der Praxis. Ökonomisierungskritik als Widerspruchsbearbeitung zu fassen, erfordert von der Sozialen Arbeit auch den eigenen widersprüchlichen Charakter in den Blickpunkt zu rücken: einerseits die eigene Verstrickung in gesellschaftliche Macht- und Herrschaftsverhältnisse zu reflektieren und andererseits die Frage zu stellen, wie sie ihrerseits kritisch bleiben kann (hier in Anlehnung an Messerschmidt 2009). Im Folgenden werden diesbezüglich drei Zugänge skizziert.

Als Gegenstand der kritisch-analytischen Reflexion von theoretischen bzw. ideellen Grundlagen von gesellschaftlichen Veränderungen werden hier die im politischen Diskurs vorherrschenden (neoklassischen bzw. neoliberalen) Theorien, Konzepte, Modelle und Ideen markiert. Staub Bernasconi (2005b) schlägt vor, einen Theorievergleich zu machen und die neoliberalen Perspektiven denen der Sozialen Arbeit gegenüber zu stellen, beispielsweise bezüglich des darin transportierten Menschen- und Gesellschaftsbildes (vgl. ebd.: 7ff.). Auf diese Weise könnten nicht nur die eigenen (ethischen) Theoriebezüge gegenüber den neoliberalen abgegrenzt und gesichert (vgl. ebd.), sondern auch deren Verschränkungen (z.B. bezüglich des Aktivierungsparadigmas) sichtbar gemacht werden. Die Auseinandersetzung mit Ökonomisierung erfordert daher nicht nur die kritische Analyse der „Theorie-Substitution“ (Radtke 2009: 625, bezugnehmend auf Luhmann 1981/1993: 105ff.) sozialarbeiterischer durch ökonomische Perspektiven. Auch die Kompatibilität eigener Theoriebezüge mit ökonomischen Modellen und Konzepten der Chicago-Schule und der neueren Institutionen-Ökonomie (für theoretische Grundlagen vgl. Radtke 2009: 622ff.) ist zu beleuchten. Die eigene Involviertheit (vgl. Messerschmidt 2009) in den Mittelpunkt der Analysen zu rücken bedeutet auch, dass sich Soziale Arbeit auf keinen Standpunkt reiner Gegenposition zurückziehen kann. Sie bleibt auch in der Kritik von Ökonomisierung im nicht auflösbaren Widerspruch von Kontrolle und Hilfe notwendigerweise verhaftet. Wenn also die Beobachtung zutrifft, dass Ökonomisierungsprozesse auch darauf abzielen, die Dialektik von Hilfe und Kontrolle durch Verschiebung zu Kontrollaspekten und bürokratischem Verwaltungshandeln aufzuheben, dann gilt es umso mehr sich diesen Widerspruch als konstitutives Merkmal einer professionellen Sozialen Arbeit immer wieder zu bewusst zu machen und die eigene Rolle bei der Adaptierung eigener Theorien an die Ansätze des „Managerialismus“ (Dimmel 2007: 36) zu reflektieren.

Die semantischen/theoretischen Veränderungen durch Ökonomisierung weisen, wie bereits skizziert, auf einen grundlegenden Wandel gesellschaftlicher Strukturen hin. Schimank und Volkmann (2017) beschreiben diesen als einen Wandel vom „sozialdemokratischen Konsensus“ (Dahrendorf 1979: 147–166, zit. n. Schimank/Volkmann 2017: 62) zu einer kulturellen Hegemonie neoliberaler Politik (vgl. ebd.: 62f.). In dieser ist die Idee vorherrschend, dass der Markt ein weit besserer Garant für die Sicherstellung der individuellen, freien Entfaltung der Menschen sei, als der Staat (vgl.

ebd.: 65ff.). Wo kein Markt eingerichtet werden kann, so muss zumindest ein Quasi-Markt implementiert werden (vgl. Schimank/Volkmann 2017: 75). Im Unterschied zu Märkten bleibt die Regulation von Quasi-Märkten in nichtökonomischen Bereichen weiterhin in staatlicher Hand und erfolgt über Wettbewerbs- und Leistungsmechanismen, die im *New Public Management* angelegt sind (vgl. Schimank/Volkmann 2017: 94). „Der Staat verschwindet also nicht, sondern verändert sich grundlegend. Seine Funktionen als Ordnungs- und Wettbewerbsstaat werden deutlicher, seine sozialpolitischen Funktionen zurückgedrängt“. (Brand 2007: 233, zit. n. Messerschmidt 2009: 133)

Es macht durchaus Sinn die global angelegten, wechselseitigen Konstitutionsprozesse von Staat und Markt in den Blickpunkt der Analysen zu rücken, weil sich daran zeigen lässt, wie Politik die Rahmenbedingungen für die vielfältigen Transformationsprozesse schafft und die Ökonomisierung selbst durch entsprechende Gesetze, Sparmaßnahmen etc. durchsetzt. Ökonomisierungsprozesse sind damit immer auch als das Ergebnis politischer Entscheidungen zu verstehen, die mit Kämpfen und Auseinandersetzungen verbunden sind (vgl. Forster 2010: 20f.). Sie sind weder alternativlos noch unveränderbar. Gleichzeitig ist es aber der Staat und nicht der Markt, welcher auch die Aufgabe hat für soziale Gerechtigkeit und Inklusion zu sorgen. Damit ist die widersprüchliche Rolle des Staates angesprochen, die in der Ökonomisierungskritik häufig ausgeblendet wird. Die Kritik darf sich also nicht in der schlichten Umkehrung der Kritik „Mehr Markt – weniger Staat“ (Wilken 2000: 7) in der Forderung: „Mehr Staat, weniger Markt“ (kritisch dazu auch Forster 2010: 13) erschöpfen, sondern müsste ihr Augenmerk auf die widersprüchliche Rolle und die veränderte Regulation des Staates lenken.

„Gerade weil sie [Soziale Arbeit; Anm. MTH] als zentrales Scharnier zwischen Staat und Gesellschaft oder zwischen (Sozial)staat und den Lebenswelten von Menschen fungiert, bedeutet eine gewandelte Regulationsweise auch weitreichende Veränderungen ihrer selbst und ihres Gegenstandes.“ (Diebäcker et al. 2009: 14)

Insofern wäre es notwendig vermehrt politisch-ökonomische (hier vor allem regulationstheoretische) Perspektiven in die Analysen zur Ökonomisierung der Sozialen Arbeit einzubinden und die Verwobenheit von Ökonomie und Politik sowie die veränderten Regulationsweisen des Staates in den Blick zu nehmen (vgl. Hirsch 2005: 82ff.).

Angesichts der Tatsache, dass die Ökonomisierungskritik über eine relativ dünne empirische Grundlage verfügt, kommt der Frage nach den nachweisbaren Effekten der Ökonomisierung in der Praxis eine entscheidende Bedeutung zu. Schimank und Volkmann (2017) verweisen darauf, dass Ökonomisierung weder pauschal gut, noch pauschal schlecht, sondern höchst ambivalent und widersprüchlich ist (vgl. ebd.: 154ff.). Schließlich könnte es durchaus auch sein, dass Ökonomisierung gar keine nennenswerten Effekte aufweist (vgl. ebd.). Insofern müsste bei der Frage danach, wie

mit Forderungen nach Effizienz, Leistung und Wettbewerb in der Praxis umgegangen wird, der analytische Blick zunächst einmal offenbleiben, um sowohl positive (funktionale), als auch negative (dysfunktionale) Effekte herausarbeiten zu können. Um faktische Veränderungen der Rationalisierung im Feld der Sozialen Arbeit aufzuzeigen, erscheint es sinnvoll, Ökonomisierung weniger als Diagnose, sondern als theoretisch-analytischen Begriff zu fassen, mit dem es möglich ist, die Kritik theoretisch zu fundieren und empirisch zu untermauern.

Dass die Übernahme von ökonomischen Semantiken und Handlungslogiken in nichtökonomische Bereiche nicht linear erfolgt, sondern dass diese spezifisch adaptiert, dynamisch an die eigene Logik angepasst oder auch widerständig transformiert werden können (vgl. Höhne 2015: 20), konnte beispielsweise in einer Studie im Rahmen der Sozialhilfe in der Schweiz nachgezeichnet werden. Die Frage war hier, wie Sozialarbeiter*innen mit aktuellen gesellschaftlichen Entwicklungen umgehen (vgl. Staub-Bernasconi 2005b: 14f., bezugnehmend auf Maeder/Nadai 2004). Es fanden sich dabei Belege für die „kritiklose oder gar unbemerkte Übernahme und Internalisierung neoliberaler Prämissen wie die Bewahrung professionellen Wissens und einer professionellen Identität unter erschwerten Umständen“ (ebd.). Diesbezüglich bräuchte es weitere, differenziertere Analysen der Rationalisierungspraktiken der Fachkräfte (vgl. Kessl 2018: 1638, bezugnehmend auf Lutz 2010), die einen selbstkritischen Blick auf die eigene „Mittäterschaft“ (sic!) (Kessl 2018: 1638, bezugnehmend auf Thürmer-Rohr 1998) haben, um einerseits die Ökonomisierungseffekte differenziert beurteilen zu können und andererseits die Kritik empirisch zu untermauern.

5. Ausblick

In diesem Beitrag wurden die gesellschaftlichen Transformationsprozesse näher beleuchtet, die mit dem Begriff der Ökonomisierung gefasst und in der Sozialen Arbeit als De-Professionalisierung und Entpolitisierung interpretiert werden. Die Einsicht, dass diese Prozesse nicht linear verlaufen (vgl. Höhne 2015: 20), sondern durch Brüche und Widersprüche gekennzeichnet sind (vgl. Kessl 2018: 1640), verweist dabei „auf die Möglichkeit von Alternativen oder zumindest Abweichungen“ (Kessl 2018: 1640, bezugnehmend auf Evans/Harris 2004), die sich in den unterschiedlichen Strategien des Umgangs mit Ökonomisierungsprozessen zeigen (vgl. Dimmel 2007: 35f.). So kann der Transfer von ökonomischen Semantiken und Handlungslogiken in die Felder der Sozialen Arbeit mit Widerstand und Ablehnung verbunden sein, sich aber auch in der kritiklosen Übernahme dieser zeigen (vgl. Staub-Bernasconi 2005b: 14ff. mit Verweis auf die Studie von Maeder/Nadai 2004).

Die zweitgenannte Strategie nennt Dimmel (2007) die Assimilations-Position, die sich „als weitgehend ungeprüfte Übernahme von betriebswirtschaftlichen Begriffen und Instrumentarien in die Soziale Arbeit beschreiben [lässt]. Dabei wird wohl auch

gehofft, dass man am Machtstatus des Managerialismus ‚mitnaschen‘ kann“. (Dimmel 2007: 36) Der Blick auf die Gegenpositionen (vgl. Kessler 2018: 1640, Staub-Bernasconi 2005b: 17) zeigt aber auch, dass die Soziale Arbeit den Herrschafts- und Machtverhältnissen nicht einfach ausgeliefert ist, sondern durchaus auch Widerstand erzeugen kann (vgl. Staub-Bernasconi 2005b: 19.).

Fest steht jedenfalls, dass Soziale Arbeit als „Ort sozialer Auseinandersetzungen“ an der Herstellung gesellschaftlicher Ordnungen beteiligt ist und damit Teil des Herrschaftsverhältnisses darstellt (vgl. Diebäcker et al. 2009: 14). Folglich kann sie sich nicht auf einen Standpunkt reiner Opposition zurückziehen, sondern hat die Aufgabe, auch die eigenen Widersprüche und die eigene Involviertheit in Ökonomisierungsprozesse mitzureflektieren. (Hier in Anlehnung an Messerschmidt 2009.)¹³ Diese Reflexion gilt es auf eine analytisch-empirische Basis zu heben, um die Effekte der Ökonomisierung aber auch das Potenzial der Kritik ausloten zu können. Diesbezüglich – so die Schlussfolgerung – liegt die Herausforderung der Ökonomisierungskritik darin, die ihr innewohnenden Widersprüche aufzunehmen und damit das theoretisch-analytische Potenzial des Begriffs Ökonomisierung zu schärfen.

Verweise

¹ Dies lässt sich u.a. am Beispiel der FTI-Strategie des Bundes erkennen. Darin heißt es: „Unsere Zeit ist geprägt von ökologischen und demographischen Herausforderungen, zunehmendem globalen Wettbewerb und – damit verbundenen – stetigem Strukturwandel in Wirtschaft und Gesellschaft. [...] Österreich steht damit vor der Frage, auf welche Weise es seine Zukunftsfähigkeit sichern und seinen Wohlstand auch für nachkommende Generationen weiter ausbauen kann.“ Neben der Förderung von technologischen und sozialen Innovationen ist es ein zentrales Anliegen sicherzustellen, „dass die öffentlichen Mittel effizient und nachhaltig eingesetzt werden.“ (Bundeskanzleramt 2011)

² Für Bildung vgl. Höhne (2015), für Soziale Arbeit vgl. Bakic (2008), für Gesellschaft vgl. Schimank/Volkmann (2017) in der Bibliografie.

³ Als nichtökonomisch gelten Bereiche, die zwar schon immer auch ökonomisch strukturiert (z.B. durch Zeitmanagement, alltägliche Rationalisierung), aber nur indirekt von der Ökonomie abhängig sind (vgl. Höhne 2012: 797 bezugnehmend auf Bourdieu 1997; Bongearts 2008).

⁴ Dieses Verständnis von Ökonomisierung findet sich bei Höhne in Bezug auf das gesellschaftliche Feld der Bildung und wurde hier entsprechend adaptiert (vgl. Höhne 2015: 20f.).

⁵ Eine neue Ordnung des Diskurses zeige sich dann am Einsatz bzw. der Umdeutung von Begriffen (vgl. Radtke 2009: 628 bezugnehmend auf Foucault 1970/1974) wie Wachstum, Qualität, Effizienz und Wettbewerb, die in den jeweiligen gesellschaftlichen Feldern und politischen Kontexten dominant werden. Die semantischen Veränderungen werden dabei häufig als Grundlage für veränderte Rationalitäten in den jeweiligen gesellschaftlichen Feldern interpretiert. Der Verweis auf knappe staatliche Mittel diene als Sachzwang-Argument für die Forderung, mit weniger Ressourcen und Personal das Gleiche oder mehr zu produzieren (Radtke 2009: 625), während der Verweis auf Qualität eine Umstellung auf ein System der Standardisierung, Kontrolle und Evaluation bedeute (vgl. Radtke 2009: 629). Beides verändert die Art und Weise, wie mit den Ressourcen Zeit und Geld umgegangen wird: „Qualitativ hochwertige und professionelle Arbeit soll dabei mit geringeren finanziellen Mitteln und unter unzureichenden Rahmenbedingungen, aber bei zugleich gestiegenen Anforderungen geleistet werden.“ (Schuhmeyer/Walzl 2010: 8)

⁶ Aus diesem Grund nimmt Höhne (2012) eine begriffliche Unterscheidung von Kommodifizierung, Kapitalisierung und Privatisierung im Bildungsbereich vor.

⁷ Dies lässt sich am Diskurs zu Ökonomisierung der Bildung zeigen, bei dem der Terminus nach Recherche auf ERIC kaum eine Rolle spielt (<https://eric.ed.gov/>); einen ähnlichen Befund ergibt die Recherche nach Keywords im *Journal International Social Work* (<https://journals.sagepub.com/loi/isw>). *Neoliberalism* scheint der international verwendete Begriff zu sein, mit welchem die ökonomischen/gesellschaftlichen Transformationen umschrieben bzw. kritisiert werden. Im Unterschied zu deutschsprachigen Diskursen hat die Bündelung kritischer Perspektiven unter dem Begriff des Neoliberalismus den Anspruch die Bearbeitung des Themas auf die globale Ebene zu heben (vgl. Spolander et al. 2014: 302).

⁸ Kessler (2018: 1631) stellt fest, dass die empirische Datenlage zum Umsetzungsgrad der Ökonomisierung in der Kinder- und Jugendhilfe „bis heute relativ dünn“ ist. Höhne (2012: 809) sieht für den Bildungsbereich keine systematische Ökonomisierungsforschung vorliegen.

⁹ So befindet sich der Beitrag von Kessler (2018) im Kompendium Kinder- und Jugendhilfe; im Sachregister des Standardwerks *Handbuchs Soziale Arbeit* (2018), herausgegeben von Hans-Uwe Otto und Hans Thiersch, ist der Begriff Ökonomisierung mitunter einer mit den meisten Seitenvermerken.

¹⁰ Siehe dazu <http://www.sozialearbeit.at/petition.php>.

¹¹ Auf die widersprüchliche Rolle des Staates bzw. der Sozialpolitik verweisen Schimank und Volkmann (vgl. 2017: 183ff.). Sie sehen dabei in der Erosion funktionaler Differenzierung durch Ökonomisierung eine „Schwächung von Wohlfahrtsstaatlichkeit“ (ebd.: 186).

¹² Die Beobachtung stammt aus eigener Lehrerfahrung.

¹³ Diese Aufgabe ergibt sich jedoch nicht erst im Zuge der Ökonomisierungsprozesse, sondern ist seit jeher ein Teil des professionellen Selbstverständnisses von Sozialer Arbeit. Allerdings kommt ihr mit Blick auf die Deprofessionalisierungstendenzen gegenwärtig ein zentraler Stellenwert zu.

Literatur

AK – Arbeiterkammer Wien (2014): Sozial- & Wirtschaftsstatistik aktuell Nr. 1/2014. https://media.arbeiterkammer.at/wien/SWSAktuell_2014_01.pdf (19.3.2018).

Bakic, Josef (2008): Die Ökonomisierung Sozialer Arbeit in Österreich. In: Sozial Extra, Jahrgang 32, 02/2008, Heft 1–2, S. 52–55.

Bakic, Josef/Diebäcker, Marc/Hammer, Elisabeth (2007): Wiener Erklärung zur Ökonomisierung und Fachlichkeit in der Sozialen Arbeit. http://www.armutskonferenz.at/files/bakic_ua_oekonomisierung_soziale_arbeit-2007.pdf (27.12.2018).

Bellmann, Johannes (2015): A Critique of Economization Critiques from the Field of Education Science. Seven hypotheses on a widely held diagnosis of our time within educational discourse. In: IJHE. Bildungsgeschichte. International Journal for the Historiography of Education, 6. Jahrgang, Heft 2, 2016, S. 212–227.

Bundeskanzleramt (2011): Potenziale ausschöpfen, Dynamik steigern, Zukunft schaffen. Der Weg zum Innovation Leader. Strategie der Bundesregierung für Forschung, Technologie und Innovation. <https://www.bundeskanzleramt.gv.at/documents/131008/1014922/FTI-Strategie.pdf/23ca997c-5263-4702-850a-4ff30c8f569f> (20.12.2018).

Diebäcker, Marc/Ranftler, Judith/Strahner, Tamara/Wolfgruber, Gudrun (2009): Neoliberale Strategien und die Regulierung sozialer Organisationen im lokalen Staat. Von der Ökonomisierung des Politischen zur Depolitisierung und Deprofessionalisierung der Sozialen Arbeit – Teil I. In: soziales_kapital Nr. 3 (2009). <https://soziales-kapital.at/index.php/sozialeskapital/article/view/150/212> (18.12.2018).

Dimmel, Nikolaus (2007): Ökonomisierung und Sozialbedarfsmärkte. Faktoren des Strukturwandels Sozialer Arbeit. In: EntwicklungspartnerInnenschaft Donau – Quality in Inclusion (Hg.): Sozialer Sektor im Wandel. Zur Qualitätsdebatte und Beauftragung von Sozialer Arbeit. Linz: Edition pro mente, S. 17–39.

Fachliche Standards in der Sozialarbeit (o.J.): Wiener Erklärung. <http://www.sozialearbeit.at/petition.php> (20.12.2018).

- Forster, Edgar (2010): Kritik der Ökonomisierung. In: Widersprüche. Zeitschrift für sozialistische Politik im Bildungs-, Gesundheits- und Sozialbereich. Verstrickte Hochschule – Unternehmen Bildung, 2010, Heft 115/3, S. 9–23.
- Globisch, Claudia/Madlung, Fabian (2017): Aktivierende Sozialpolitik zwischen Systemimperativ und Eigensinn: Eine Untersuchung der Effekte und Aneignungen der Bedarfsorientierten Mindestsicherung in Österreich. In: ÖZS (2017) 42, S. 321–343. <https://link.springer.com/content/pdf/10.1007%2Fs11614-017-0274-6.pdf> (15.2.2019).
- Hirsch, Joachim (2005): Materialistische Staatstheorie. Transformationsprozesse des kapitalistischen Staatensystems. Hamburg: VSA-Verlag.
- Höhne, Thomas (2015): Ökonomisierung und Bildung. Zu den Formen ökonomischer Rationalisierung im Feld der Bildung. Wiesbaden: Springer.
- Höhne, Thomas (2012): Ökonomisierung von Bildung. In: Bauer, Ullrich/Bittlingmayer, Uwe H./Scherr, Albert (Hg.): Handbuch Bildungs- und Erziehungssoziologie. Wiesbaden: Springer, S. 797–812.
- Institut für Soziologie (2018): Erklärung zur Mindestsicherung vom 29.11.2018. <https://www.soz.univie.ac.at/home/einzelansicht/article/10-jahre-visuelle-soziologie-vortragsreihe-und-workshop-2017/> (01.12.2018).
- Kessl, Fabian (2018): Ökonomisierung. In: Böllert, Karin (Hg.): Kompendium Kinder- und Jugendhilfe. Wiesbaden: Springer, S. 1630–1643.
- Messerschmidt, Astrid (2009): Verwicklungen – kritische Bildung und politisches Engagement in neoliberalen Verhältnissen. In: Bünger, Carsten/Mayer, Ralf/Messerschmidt, Astrid/ Zitzelsberger, Olga (Hg.): Bildung der Kontrollgesellschaft. Analyse und Kritik pädagogischer Vereinnahmungen. Paderborn: Ferdinand Schöningh, S. 131–143.
- Radtke, Frank-Olaf (2009): Ökonomisierung. In: Andresen, Sabine/Casale, Rita/Gabriel, Thomas/Horlacher, Rebekka/Larcher Klee, Sabina/Oelkers, Jürgen (Hg.): Handwörterbuch Erziehungswissenschaft. Weinheim/Basel: Beltz, S. 621–636.
- Schimank, Uwe/Volkman, Ute (2017): Das Regime der Konkurrenz: Gesellschaftliche Ökonomisierungsdynamiken heute. Weinheim/Basel: Beltz Juventa.
- Schmid, Tom (2008): Soziale Daseinsvorsorge: Erbringungsverantwortung oder Gewährleistungsverantwortung? In: Pantucek, Peter/Schmid, Tom/Vyslouzil, Monika (Hg.): Recht. SO. Menschenrechte und Probleme der Sozialarbeit. Festschrift für Karl Dvorak. Wien: Mandelbaum, S. 60–78.
- Schuhmeyer, Larissa/Walzl, Nicole (2010): Soziale Arbeit im Spiegel der Ökonomisierung. Herausforderungen und Entwicklungspotenziale in der Jugendwohlfahrt. In: soziales_kapital Nr. 5 (2010) <http://www.forschungsnetzwerk.at/downloadpub/182-1097-1-PB.pdf> (19.2.2018).
- Seithe, Mechthild (2010): Schwarzbuch Soziale Arbeit. Wiesbaden: VS-Verlag.
- Spolander, Gary/Engelbrecht, Lambert/Martin, Linda/Strydom, Marianne/Pervova, Irina/Marjanen, Päivi/Tani, Petri/Sicora, Alessandro/Adaikalam, Francis (2004): The implications of neoliberalism for social work: Reflections from a six-country international research collaboration. In: International Social Work Vol 57 (4), 2014, S. 301–312. <https://journals.sagepub.com/doi/pdf/10.1177/0020872814524964> (20.12.2018).
- Staub-Bernasconi, Sylvia (2005a): Die Fast-Food-Variante der Sozialen Arbeit. In: Zebratl, Nr. 5, 2005, S. 4–6. http://www.sozialearbeit.at/data/documents/staub_bernascioni_fastfood.pdf (19.3.2018).
- Staub-Bernasconi, Sylvia (2005b): Deprofessionalisierung und Professionalisierung der Sozialen Arbeit – gegenläufige Antworten auf die Finanzkrise des Sozialstaates oder das Selbstabschaffungsprogramm der Sozialen Arbeit. https://w3-mediapool.hm.edu/mediapool/media/fk11/fk11_lokal/forschungpublikationen/lehrmaterialien/dokumente_112/sagebiel_1/STB-2005-Deprofessionalisierung.pdf (20.12.2018).
- Tálos, Emmerich (1997): Sozialpolitische Optionen und Grundsicherung. In: Armutskonferenz „Soziale Grundsicherung“ http://www.armutskonferenz.at/files/talos_sozialpolitische_optionen_und_grundsicherung-1997.pdf (19.3.2018).
- Wilken, Udo (2000): Faszination und Elend der Ökonomisierung des Sozialen. In: Ders. (Hg.): Soziale Arbeit zwischen Ethik und Ökonomie. Freiburg: Lambertus, S. 11–30.

Über die Autorin

Marina Tomic Hensel, Diplom Sozialpäd. (FH), MA

Marina.Tomic-Hensel@fhstp.ac.at

Dozentin an der FH St. Pölten

Arbeitsschwerpunkte: Bildung und Bildungspolitik, Gender Studies, Ökonomisierung, Sozialpädagogik, Soziale Arbeit und Gesellschaft, Bildung als öffentliches Gut.

Dissertation zum Thema Ökonomisierung der Hochschulpolitik in Österreich.